

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa,
Genuss Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1538
Bischofsplatz Riesa Nr. 62.

Nr. 246.

Montag, 20. Oktober 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Druckzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 50 mm breite Anzeigenzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kusschlag, feste Tarife, bewilligte Rabatte 10%, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kostens gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — strikt oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Rechtsregierung ohne Demokraten?

Von unserem Berliner Vertreter.

Berlin, 20. Oktober. Das Zustandekommen einer ausgesprochenen Rechtsregierung unter Führung des Reichskanzlers Dr. Marx erscheint nunmehr gesichert. Nachdem die deutschnationale Reichstagsfraktion ihre unbedingte Bereitschaft zur Teilnahme am Reichskabinett dem Kaiser Dr. Marx gegenüber zum Ausdruck gebracht hat und gleichzeitig die Forderung stellte, mindestens vier Ministerposten in der neuen Regierung zu erhalten, sind die Dinge soweit gelassen, daß man wahrscheinlich damit rechnen kann, daß die neugebildete Regierung sich noch im Laufe dieser Woche dem wiederzusammentretenden Reichstag vorstellen wird. Die demokratische Reichstagsfraktion, deren Austritt aus der Regierung unmittelbar bevorsteht, beabsichtigt nicht, dem Reichswehrminister Dr. Gehler zu gestatten, im Reichskabinett als Fachminister zu verbleiben. Die Demokraten erblicken vielmehr in der Bildung eines ausgesprochenen Rechtskabinetts eine direkte Kampfanlage und wollen nunmehr die Entscheidung über die Regierungsfrage in Deutschland auf parlamentarischem Boden zum Austrag bringen.

Man kann schon jetzt voraussagen, daß nach Wiederauftritt des Reichstages mit einem Wiederaufleben der parlamentarischen Kämpfe zu rechnen ist, bei der die Schärfe der Gegensätze außerordentlich stark zum Ausdruck kommen wird. In den der Regierung nahestehenden Kreisen sieht man dieser Entwicklung nicht ohne ernste Besorgnisse entgegen, da die zu erwartenden innenpolitischen Kämpfe zweifellos auch starke Rückwirkungen auf die außenpolitische Lage ausüben werden. Besonders wird die Opposition der Sozialdemokratie mit größter Schärfe einwirken und zur Aufkloftung der sozialen Gegensätze führen, sobald sich die bürgerlichen Parteien schon jetzt auf eine entschiedene Abwehr gegenüber der Kampfanlage der Linken einstellen müssen. Zu diesem Zwecke ist beabsichtigt, auch die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftspartei an der Regierung zu beteiligen.

Die neue Regierung würde voraussichtlich nur eine schwache parlamentarische Mehrheit hinter sich haben und ständig auf der Hut sein müssen, um einer parlamentarischen Niederlage vorzubeugen. In den Kreisen des linken Flügels des Zentrums herrscht große Erbitterung über das nachträgliche Zustandekommen einer Regierung des Bürgerblocks, sobald bei den parlamentarischen Entscheidungen möglicherweise mit einer ausgesprochenen Oppositionspolitik des linken Zentrums gerechnet werden kann. Dies könnte sich unter anderem darin äußern, daß das linke Zentrum den entscheidenden Abstimmungen fern bleibt oder sogar mit der Opposition stimmt. Aus diesen Erwägungen heraus erklärt sich auch die Absicht des Reichskanzlers Dr. Marx, nach Möglichkeit ein Programm der politischen und sozialen Verjüngung zu vertreten, dem sich alle bürgerlichen Parteien anschließen werden. Trotz der ausgesprochenen Absicht, den inneren Frieden zu wahren, würde das nach rechts erweiterte Kabinett Marx-Stressemann es aber nicht verhindern können, in schwere parlamentarische Kämpfe verwickelt zu werden. In den parlamentarischen Kreisen beurteilt man daher die Aussichten der neuen Regierungskombination nicht allzu günstig und hält es für ratsam, daß die Regierungsparteien nach wie vor die Möglichkeiten einer notwendig werdenden Reichstagsauflösung im Auge behalten.

Die deutschnationale Volkspartei zur Regierungskrise.

Barmen. Auf dem am Sonnabend und Sonntag abgehaltenen Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei des Wahlkreises Düsseldorf-Ost wurde, nachdem mehrere Redner zur politischen Lage gesprochen hatten, folgende von den Abg. Koch und Reubaus eingebrachte Entschließung einstimmig angenommen: Der von mehr als tausend Vertretern besuchte Parteitag des Landesverbandes Düsseldorf-Ost fordert die Fraktion auf, dem unwürdigen endlosen Warten über den Eintritt der Partei in die Regierung dadurch ein Ende zu machen, daß sie den Verhandlungsgegenstand einen kurzen Endtermin stellt, bis zu dem die Umbildung der Regierung erfolgt sein muß. Der Parteitag lehnt die angebotene Auflösung des Reichstages nicht im geringsten. Er würde sich mit Rücksicht auf die Neuwahlen freuen, wenn der Partei durch eine Auflösung Gelegenheit gegeben wird, ihre Stimmzahl in weitem Ausmaße zu erhöhen.

Der Reichskanzler an die Demokraten und die Deutschnationalen.

Berlin. (Funkpruch.) Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, hat Reichskanzler Marx an die demokratische Reichstagsfraktion ein Schreiben gerichtet, in dem er sie dringend bittet, im vaterländischen Interesse den Reichswehrminister Dr. Gehler als Fraktionsmitglied auch in einem nach rechts erweiterten Kabinett zu belassen.

Ein weiteres Schreiben hat Reichskanzler Marx an die deutschnationale Reichstagsfraktion gesandt, darin bittet er diese, sich bei einer Neubildung des Kabinetts mit drei Ministerposten zu begnügen, da er Wert darauf legt, den bisherigen Reichswehrminister Graf Kanitz im Kabinett zu belassen.

Eine bedeutsame Rede Dr. Stressemanns.

Frankfurt a. M., 19. Oktober. Aus Anlaß des Parteitag der Deutschen Volkspartei von Hesse-Nassau sprach der Reichsaußenminister Dr. Stressemann hier im Saalbau über die politische Lage. Erfreulicherweise, so führte der Reichsminister aus, haben wir gegenwärtig eine weitgehende Einigkeit über die Richtlinien der Außenpolitik. Mit Ausnahme der extremen Parteien links und rechts besteht Übereinstimmung darüber, daß die Politik des Reichs sich nur auf den in London getroffenen Vereinbarungen aufbauen kann. Die Bedrückung bleibt schwer, und man wird vor allen Dingen betonen müssen, daß die baldige Durchführung und die vertragsmäßige Räumung der nördlichen rheinischen Zone Deutschland erst in die Lage setzt, von seinen wirtschaftlichen Kräften voll Gebrauch zu machen, um die auf ihm ruhenden Lasten zu tragen. Die Ueberzeugung der Anleihe ist ein gutes Zeichen dafür, daß das Vertrauen in die politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wiedergewakt ist, das hoffentlich dazu führen wird, daß die Menschen, die durch die Bedingungen ihre Interessen für Deutschland befürchten haben, den Bestrebungen auf wirtschaftliche Wiederherstellung Deutschlands entgegenzutreten werden. Der Zepellinflug über den Ozean hat bewiesen, was Deutschland, wenn ihm Freiheit gelassen wird, an ideellen und technischen Werten der Welt zu geben vermag. Wir hoffen, daß die seelischen Empfindungen, die in so erfreulicher Weise bei der Würdigung dieser großen Tat zum Ausdruck gekommen sind, sich auch praktisch auswirken werden und es Deutschland ermöglicht, auf diesem Gebiete weiter zu arbeiten.

Weitgehende Einigkeit besteht im deutschen Volke auch in der Haltung gegenüber dem Völkerbunde. Wir wünschen durchaus die Rube nach dem Krieg, in der Deutschland aufhorcht, dem Völkerbunde beizutreten, und die verbesserte Aufstimmung, die er damit bei der Mehrheit des Völkerbundes fand. Aber man wird uns nicht verbieten können, wenn wir sorgsam prüfen und feststellen, ob wir in der Lage sind, die uns auferlegten Verpflichtungen in vollem Maße zu erfüllen. Wir können es als einen Erfolg bezeichnen, daß der von uns erstrebte künftige Status von allen in diesem Räte jetzt vertretenen Nationen Deutschlands zur Kenntnis ist. Wir werden hierüber hinaus aber darüber diskutieren müssen, daß man Deutschland nicht zumuten kann, Konsequenzen aus der Existenz des Völkerbundes in der Form der Mitwirkung an Kriegen oder der Mitwirkung an der Blockade zu ziehen, solange der Zustand andauert, daß Deutschland der einstige entwaffnete Nachbar umgeben ist. Deutschland braucht Jahre friedlicher Entwicklung, um sich von den Folgen des Krieges zu erholen und um in die Lage versetzt zu werden, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Wenn man der Schweiz eine Ausnahme von diesen Bestimmungen des Völkerbundes gewährt hat, wird man sie auch Deutschland gewähren müssen.

In der Innenpolitik begegnen wir leider einer starken Zerrissenheit in der

Frage der Regierungsbildung.

Wenn von der Deutschen Volkspartei gesagt wird, daß sie eine Schwächung vollziehen würde, von der großen Koalition zum Bürgerblock, so ist das eine vollkommen unzutreffende Darstellung. Die Deutsche Volkspartei hat ihr Ideal der Volksgemeinschaft nicht aufgegeben und wird es ablehnen, sich auf einen Weg drängen zu lassen, der die Sozialdemokratie prinzipiell von der Mitarbeit am Staate ausschließt. Wir werden diesen Fehler des alten Deutschland nicht wiederholen. Die Deutsche Volkspartei lehnt einen sozialen und politischen Bürgerblockgedanken ab und wünscht nicht, daß Wahlen unter dem Schlagwort „Rechts, die Links“ ausgeschrieben werden. Bleiben muß das Zusammenarbeiten der Mitte, an die sich gegenwärtig die Kräfte von rechts anschließen müssen. Wenn die große Koalition geplatzt worden ist, so sollte die Sozialdemokratie daran denken, daß sie selbst zweimal aus dem Kabinett der großen Koalition ausgeschieden ist und jenes Mißtrauensvotum gegen das verbleibende Kabinett der Mitte eingebracht hat, das naturgemäß zu einer Entwidlung nach rechts führen mußte und gerade diejenigen Kräfte der Deutschen Volkspartei vor den Kopf stoß, die sich unter schweren Opfern für die große Koalition nicht nur im Reich, sondern auch in den Ländern eingesetzt hatten. Nachdem die Reichstagswahlen im Mai 1924 eine Schwächung der Regierungsparteien gebracht hatten, konnte man gerade vom demokratischen Gesichtspunkte aus an der Stärkung der deutschnationalen nicht vorbeigehen. War man damals bereit, mit ihnen wegen des Eintritts in die Regierung zu verhandeln, als sie noch gegen die Außenpolitik waren, so kann man das heute nicht ablehnen, nachdem sie sich einmütig zu den Richtlinien der Außenpolitik bekannt und ihre Forderung auf Rücktritt des Kanzlers und des Außenministers zurückgezogen haben.

Entscheidend für die gegenwärtige Lösung ist die Frage der Konsolidierung des Staates. Man befürchtet eine Störung der Außenpolitik durch die Einnahme der Deutschnationalen. Man bedenkt aber nicht, welche Störung die Außenpolitik durch eine hemmungslöse Opposition der Deutschnationalen erfahren würde. Die Verhältnisse in England sind deshalb so konsolidiert, weil jede Oppositionspartei zeitweise an der Regierung sitzt und ihr deshalb die hemmungslöse Opposition sich verbietet. Wenn heute die Deutschnationalen in die Regierung des Reichs eintraten, so würde dies von maßgebendem Einfluß auf die Haltung großer nationaler Organisationen sein, in denen heute Kämpfe ausgefochten werden um den Gedanken: mit dem Staat oder gegen den Staat, auf dem Boden der Verfassung oder für den Bürgerkrieg! Wer das Wohl des Staates will, kann deshalb eine prinzipielle Zurückweisung der Deutschnationalen nicht unterlassen.

Die Haltung der demokratischen Partei wird vielfach beurteilt mit dem Hinweis auf die Traditionen ihrer großen Führer, die einer solchen Entwicklung entgegenstünden. Insbesondere bezieht man sich da auf die Erinnerung an die Persönlichkeit Friedrich Naumanns, vergißt dabei aber anzudeuten, daß Friedrich Naumann selbst im Jahre 1907 die Politik des Bülkens blockiert hat, die ja ebenfalls eine Zusammenfassung der bürgerlichen Kräfte und zwar namentlich der rechtsstehenden bürgerlichen Kräfte gewesen ist.

Die Auflösung des Reichstages ist unerwünscht, weil sie das aufkeimende Vertrauen des Auslandes zu einer stetigen Entwicklung in Deutschland untergräbt. Ein Verbleiben der heutigen Regierung ist aber unmöglich, da sie nur über 138 von 474 Mandaten verfügt und bei Ausschaltung der Deutschnationalen sofort von einer parlamentarischen Krise in die andere hineingestoßen werden würde.

Trotz allem Wirrwarr bei den bisherigen Verhandlungen mit den Fraktionen soll man die Hoffnung auf eine positive Lösung nicht aufgeben. Ist sie nicht zu erreichen, so müssen bei den Wahlen sich diejenigen Kräfte zusammenschließen, die auf dem Boden einer nationalen Realpolitik diejenigen zur verantwortungsvollen Mitarbeit bereiten Kräfte zusammenfassen wollen, die zu einer Regierungsbildung auf der Grundlage der Fortführung der Richtlinien der heutigen Politik sich bereit finden.

Die heutigen Fraktionsitzungen.

Berlin. (Funkpruch.) Im Reichstag waren heute, Montag vormittag nur wenige Fraktionen versammelt.

Die Demokraten

hatten ihre Sitzung auf 10 Uhr vormittags angesetzt, begannen sie aber erst um 11 1/2 Uhr, da Reichswehrminister Gehler nicht früher erscheinen konnte. Die Fraktion beschäftigte sich noch einmal mit der Frage, ob der Reichswehrminister als sogenannter Fachminister in einem nach rechts erweiterten Kabinett bleiben könne. Nach dem Verlauf der bisherigen Aussprache ist anzunehmen, daß die Frage wiederum verneint wird. Zu der Sitzung war auch der Vorstand der preussischen Landtagsfraktion kam, die in Berlin anwesenden Mitglieder des Reichsvorstandes der demokratischen Partei zugegen. — Der Reichsvorstand selbst tritt am Dienstag vormittag 10 Uhr zu einer gemeinsamen Sitzung mit der demokratischen Reichstagsfraktion und der demokratischen Fraktion des preussischen Landtags zusammen. Er wird sich nicht nur mit der gegenwärtigen Regierungskrise beschäftigen, sondern auch den demokratischen Parteitag vorbereiten, der Mitte November in Breslau stattfinden wird.

Die demokratische Fraktion vertagte ihre Sitzung gegen 1 Uhr auf nachmittags 3 Uhr. In dieser Nachmittagsitzung soll eine endgültige Antwort an den Reichskanzler formuliert werden. Schon jetzt kann soviel gesagt werden, daß

die Haltung der Fraktion unverändert dieselbe geblieben ist, daß also voraussichtlich dem Reichswehrminister Dr. Gehler nicht gestattet werden wird, als Fraktionsmitglied einem nach rechts erweiterten Kabinett anzugehören.

Die Nationalsozialistische Freiheitspartei hielt am Vormittag ebenfalls eine Sitzung ab, in der sie sich mit landwirtschaftlichen Fragen beschäftigte. In einer Sitzung am Nachmittag wird sie sich mit der Regierungskrise beschäftigen.

Die Deutschnationalen haben ihre Fraktionsitzung, die erst um 6 Uhr nachmittags stattfinden sollte, auf 2 Uhr nachmittags vorverlegt. Sie will auf eine möglichst rasche Entscheidung drängen. Der Fraktionsvorstand tagte bereits unter dem Vorsitz des Abg. Bergt in den Vormittagsstunden.

Die anderen großen Fraktionen haben für Montag bis her keine Sitzungen anberaumt.

Mittwoch Reichstagsitzung.

Berlin. Die nächste Plenarsitzung des Reichstages findet am Mittwoch, den 22. Oktober 1924, nachmittags 3 Uhr, statt, mit der Tagesordnung Beamtenfragen und Wohnungs- und Siedlungsfragen. Ergänzung der Tagesordnung und Abänderung der Reihenfolge der Beratungen annehmbar bleibt vorbehalten.